

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

herausgegeben vom hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 60.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: HANSA 2447—51

Nr. 44

Hamburg, den 29. Oktober 1920

5. Jahrg.

Der Aufbau des deutschen Rätessystems I

Vor der Aufnahme der Beschäftigung mit diesen Fragen muß unverkennbar ein gewisses Gefühl der Müdigkeit überwunden werden. Nach all den Organen, welche die Kriegszeit uns gebracht hat, vermögen wir nur mit innerem Widerstreben an den Gedanken heranzutreten, eine weitere Organisation neu zu schaffen. Aber gerade weil unsere Wirtschaft unter einer planlos sich auswirkenden Organisationswut leidet, muß einmal der entscheidende Schritt getan und ein Aufbau geschaffen werden, der an die Stelle der bisherigen Regellosigkeit eine wohl begründete Systematik treten läßt.

Die Erfahrungen der Kriegs- und Übergangswirtschaft haben zur Genüge gezeigt, daß die einseitige Zentralisation unserer Wirtschaft große wirtschaftliche Nachteile gebracht hat, die allmählich nicht mehr ertragen werden können. Konzentration tut uns not an Stelle der Zentralisation.

Das Bild der Zentralisation in Dingen der Wirtschaft gewährt das Reichswirtschaftsministerium mit seiner labyrinthisch sich verwirrenden Vielheit von Referenten, die — sicherlich vom besten Willen beiseelt — gespannt in den Zwang bürokratisch gebundener Funktionen zu keinerlei wirklich fruchtbarer Arbeit gelangen können. Jedenfalls will mir jedesmal, wenn ich durch die endlos langen Gänge jenes Riesenkomplexes am Kurfürstendamm wandere, der Gedanke, als könne man das schier zu Tode gehetzte, einst bildkräftige Wort „wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands“ auf diese Weise zu lebensfördernder Wirklichkeit werden lassen, genau so kindisch erscheinen, als wolle man gepresste Blumen aus einem Herbarium im Sonnenschein und Erdreich eines Gartens Wurzeln schlagen lassen.

Mag der Zwang des Krieges mit seinen einseitig fundierten und einseitig orientierten Notwendigkeiten eine solche Zentralisierung notwendig gemacht haben — jetzt ist es die dringendste und zwingendste Lebensaufgabe des deutschen Volkes, sich wieder Freiheit zu schaffen zu bodenständigem Wirken auch in seiner Wirtschaftsführung. An Stelle öder, gleichmachender Schematisierung muß wieder eine freie, persönliche Individualisierung auch in der Erledigung wirtschaftlicher Aufgaben treten. Es geht nicht an, daß jede auf Entfaltung dringende Regung, einerlei, ob sie aus unserem norddeutschen Küstengebiet oder aus dem bayrischen Hochland kommt, erst den Asphaltfilter Berlins passieren muß, um dann, jeder Eigenart entkleidet, nach endlosem Warten farblos an ihren Ursprungsort zurückzukehren.

Aber auch eine andere drohende Gefahr muß vermieden werden: Es darf nicht durch immer detaillierter werdende Spezialisierung der beruflichen Interessenvertretungen eine immer

schärfere Zerrissenheit und Zersetzung eintreten. Vielleicht nicht ohne ursächlichen Zusammenhang mit jener Zentralisierung hat eine Mannigfaltigkeit wirtschaftlicher Verbände zu wirken begonnen, die vielfach an das Groteske grenzt. Es gibt bald keinen noch so unbedeutenden Sonderzweig unserer Wirtschaft, der sich nicht seine eigene Organisation geschaffen hätte, die nun mit zwangsläufig einsetzender Verzerrung und Übertreibung immer mehr von der Erfassung des Wesentlichen abdrängt. Man darf sich nicht täuschen lassen durch die „allgemeinen volkswirtschaftlichen Beweggründe“, die bei jeder Aktion einer solchen Fachvertretung mit Vorliebe in den Vordergrund gerückt zu werden pflegen — in Wirklichkeit ist das doch nur ein Mäntelchen, das die krassen Sonderinteressen oberflächlich verdecken soll.

Also ebensowenig zentralistische Gleichmacherei wie zentrifugale Sonderwillkür darf ausschlaggebend sein.

Und noch ein Drittes muß hier vorangestellt werden: Das große Problem der Entpolitisierung unserer Wirtschaftsführung. Das klägliche Bild, daß die wirtschaftlichen Lebensfragen Deutschlands zum Verhandlungsobjekt der politischen Parteien gemacht werden, der ekelhafte Kuhhandel dieser Parteipolitik ist zu deutlich vor unser aller Augen, als daß auch nur ein Wort mehr darüber gesagt zu werden braucht.

Diese drei Negationen: so kann es nicht weitergehen — mußten vorangestellt werden, um den Umkreis der Probleme zu kennzeichnen, die jetzt mit den Vorarbeiten zu einer neuen wirtschaftlichen Organisation Deutschlands vor uns erstehen: es gilt durch die in der Reichsverfassung zugesicherte Schaffung von Wirtschaftsräten ein tragfähiges Gefüge zu schaffen für eine Wirtschaftsführung, die ebensowohl die Eigenart der einzelnen Wirtschaftsgebiete berücksichtigt wie das Gesamtinteresse des Reiches, die der Besonderheit der einzelnen Berufe Rechnung trägt und sie zugleich dem Gesamtwohl des Volkes einordnet, die endlich wirtschaftliche Entschließungen frei macht von politischen Zielsetzungen.

Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die vor uns liegenden Arbeiten mag hier die Bestimmung der Reichsverfassung wiedergegeben werden, in der der Wille zur Schaffung eines wirtschaftlichen Rätessystems — vielleicht nicht sehr glücklich, jedenfalls aber zunächst verpflichtend — seinen Niederschlag gefunden hat. Artikel 165 der Reichsverfassung lautet:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung

der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretung in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs."

Wir sind auf diesem Wege ein gutes Stück vorwärts gekommen durch die Schaffung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Nur müssen wir uns vollkommen klar darüber sein, daß hier ein ausgesprochenes Provisorium geschaffen ist, das unbedingt und schleunigst auf Überführung in einen endgültigen Zustand hindrängt. Was wir jetzt haben, ist ein sicherlich höchst beachtenswertes Kollegium von Sachverständigen, dessen Verhandlungen viel wertvolle Anregungen und nützliche Aufklärungen zu geben vermögen, das uns aber keinen Schritt weiter bringt zur Lösung der großen Aufgaben, die wir gekennzeichnet haben. Seine Zusammensetzung ist ein Kompromiß höchst anfechtbarer Art, seine Kompetenz ist mehr als verschwommen, seine Fundamentierung einfach nicht vorhanden.

Hier etwas grundlegend Neues zu schaffen, ist eine Aufgabe von unendlicher Schwierigkeit, die nur schrittweise wird gelöst werden können und für die es Vorbilder nur in sehr beschränktem Umfange gibt. Allerdings ist in den Theorien des Bolschewismus¹⁾ manches wertvolle Material vorhanden, das aber deshalb in der öffentlichen Diskussion so schwer zu verwenden ist, weil der Deutsche unserer Tage mehr noch als früher der Meinung ist, daß, wenn er nur ein Schlagwort kennt (von dem ihm meist noch nicht einmal die ethymologische Bedeutung geläufig ist), ihm auch das ganze Problem, dem jenes Schlagwort als Etikette dient, voll bekannt ist.

In der öffentlichen Beurteilung werden eigentlich nur die

¹⁾ Vgl. Eduard Rosenbaum, „W.-D.“ 1919, S. 561 ff.

zerschlagenden Tendenzen des Bolschewismus in Rechnung gestellt. Gewiß will der Bolschewismus auch als Theorie, meinetwegen auch als Utopie (von den praktischen Auswirkungen und Ausartungen ist hier nicht die Rede) unendlich vieles zerschlagen an überkommenen starren Begriffen und verkalkten Funktionen, aber doch nur um Raum zu schaffen für etwas Neues. Und das ist — soweit es uns in diesem Zusammenhang interessiert — der Wille, die Wirtschaft als lebendigen Zellenbau von innen heraus und von unten herauf zu gestalten. Daß die praktischen Resultate bisher so völlig destruktiv gewesen sind, sollte die unvoreingenommene Betrachtung nicht daran hindern, die Anregungen, die hier bei anderer Art der Ausführung verwendbar sind, zu benutzen. Der theoretische Bolschewismus hat es sich zur Aufgabe gesetzt, durch ein organisches Prinzip an Stelle des mechanischen den Volkswillen zu ermitteln und ihm zur Durchsetzung zu verhelfen. Ausgehend von der täglichen Arbeitsgemeinschaft will er deshalb zu immer weiter werdenden Körperschaften fortschreiten, die den Ausgleich in lebendiger Wechselwirkung vollziehen sollen, und will so zu einer vollkommenen Selbstverwaltung der einzelnen Zellen und Zellenkomplexe gelangen. Dieser Gedanke, der allerdings aus einem Gewirr von Ideen herausgelöst werden muß, kann von zukunftsweisender Bedeutung auch für die Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Organisation werden.

Und eine ähnliche Anregung aus England ist hier wertbar: Bereits im Jahre 1909 wurden durch Gesetz sogenannte Trade Boards (Gewerbeämter) paritätischer Zusammensetzung begründet, denen es oblag, mit gesetzlicher Kraft die Arbeitsbedingungen zu regeln. Diese Gewerbeämter wurden dann auf Grund der Berichte des Whitley-Ausschusses²⁾ (John Henry Whitley, Vorsitzender der im Jahre 1916 eingesetzten Kommission über die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) reformiert und ausgebaut. Die Industrieräte gehen aus den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen hervor und erhalten, abgesehen von der offiziellen Anerkennung, keinerlei tatsächliche Hilfe von Seiten des Staates. Ihre unterste Stufe ist der Betriebsrat, in welchem — abweichend von der deutschen Organisation — Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind. Über ihm bauen sich die Bezirksräte und schließlich der National-Industrierat auf, dem nach der „Labour-Gazette“ vom Febr. 1918 folgende Aufgaben übertragen sind: „Sicherstellung des größtmöglichen Maßes gemeinsamen Vorgehens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Entwicklung der Industrie als Teil des nationalen Lebens und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller in dem Gewerbe tätigen Personen.“ Die bisherigen Erfahrungen in England lassen erkennen, daß diese Industrieräte einen wesentlichen Anteil haben an der Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses in England und an dem ruhigen Verlauf, den die dortige soziale Bewegung bisher genommen hat.

Diese Versuche und Erfahrungen gilt es in Deutschland bei dem Aufbau des sehr viel weiterreichenden Rätessystems mit zu verwenden.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Dr. Friedrich Hasselmann

²⁾ Vgl. Dr. Th. Plaut, „W.-D.“ 1919, S. 347 ff., S. 684 ff., S. 844 ff., S. 907 ff.

Das kanadische Währungsproblem

Im Kriege ist Kanada eine besondere Rolle in der Währungspolitik Englands und der Entente überhaupt zugefallen. Mehr und mehr wurde die Hauptstadt Kanadas, Ottawa, durch ihre eigenartige Lage zu einer Art Weltclearing für das

Gold. Während zu Anfang des Krieges Amerika zur Bezahlung seiner dringendsten Verpflichtungen Gold an England abgeben mußte, ist später der Weg des Goldstroms in umgekehrter Richtung immer über Kanada gegangen. Ottawa wurde zur

Nebenstelle der Bank von England für die Aufbewahrung des amerikanischen Goldes erklärt und später zur Münze für das europäische Gold und die Goldbarren aus aller Welt. Die Münze in Ottawa entwickelte sich auf diese Weise zur größten und modernsten Goldraffinerie der Welt.

Die Wirtschaft Kanadas selbst wurde immer mehr auf den Krieg umgestellt. Nicht nur daß Kanada an England Vorschüsse in großem Umfange gewährte — August 1918 wurden diese Regierungsvorschüsse auf ein Minimum von 25 Mill. \$ monatlich bemessen —, um die britischen Kriegsbezüge aus Kanada zu finanzieren. Das kanadische Wirtschaftsleben stellte sich immer mehr in den Dienst der Kriegsindustrie. Munition und Nahrungsmittel für die in Europa kämpfenden Heere gingen von Kanada über den Ozean.

Als der Waffenstillstand geschlossen wurde, setzte, wie in allen kriegführenden Ländern, die rückläufige Bewegung ein. Mit einem Schlage hörten die lohnenden Kriegslieferungen auf. Die Wirtschaft mußte nach neuen Zielen und Aufgaben suchen.

Für Kanada hat diese Entwicklung zur Folge gehabt, daß seine Wechselkurse auf die Vereinigten Staaten erheblich gesunken sind, während es gegenüber England ein Aufgeld aufweist. Am 23. 9. 20 stellte sich der Kurs New York-Montreal auf 90 Cents für einen kanadischen Dollar. Ende März 1919 hatte der amerikanische Dollar zum ersten Male mit einem Agio von $2\frac{1}{8}\%$ die bis dahin höchste jemals erreichte Grenze für das Agio von $2\frac{1}{2}\%$ überschritten. Der typische Gang des Kurses New York-Montreal: Hoher Stand des amerikanischen Dollars etwa von Februar bis August des jeweiligen Jahres, dann Sinken bis unter pari im Zusammenhang mit Einbringung und Verkauf der kanadischen Ernte namentlich im September, Oktober und November wurde durch diese Entwicklung gestört.

Die Kurse Montreal-London stellten sich am 8. 8. 19 auf $4,52\frac{1}{4}$ bis 53, am 30. 7. 20 auf 4,18 bis 20, am 6. 8. 20 auf 4,09 bis 10. Zu den gleichen Zeitpunkten notierte der Kurs New York-London $4,33\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{8}$, $3,71\frac{1}{2}$ bis 72 und $3,62\frac{1}{2}$ bis 63 \$ pro £. Das Pari beträgt für New York und Montreal auf London $4,86\%$ \$ für das £. Diese Bewegung des kanadischen Dollars erklärt sich hauptsächlich aus der Handelsbilanz. Aus ihr sind die Veränderungen, die seit Waffenstillstand vor sich gingen, abzulesen.

Die kanadische Statistik rechnet die Berichtsjahre vom 1. 4. bis 31. 3. Im Berichtsjahre 1917/18 betrug die kanadische Einfuhr 963,5 Mill. \$; sie sank auf 919,7 Mill. \$ im Jahre 1918/19 und wuchs gewaltig an auf 1064,5 Mill. \$ im Jahre 1919/20. Dagegen ist die Ausfuhr erheblich gesunken. Sie stellte sich 1917/18 auf 1540 Mill. \$, 1918/19 auf 1216,4 Mill. \$, 1920 endlich auf 1239,4 Mill. \$. 1919/20 ist demnach zwar ein kleines Plus von 23 Mill. \$ im Vergleich zu 1918/19 aufzuzeigen, gegenüber 1917/18 aber ist ein Ausfall von etwa $\frac{1}{3}$ der damaligen Ausfuhr festzustellen.

Ein noch deutlicheres Bild der rückläufigen Bewegung der Handelsbilanz gibt ein Vergleich der Überschüsse der kanadischen Ausfuhr. Sie betrugen 1917/18 576,5, 1918/19 296,7 und 1919/20 nur 174,9 Mill. \$. Immerhin aber war ein Überschuß vorhanden. Auch dies hat sich im 2. Vierteljahr 1920 geändert, das nun ein Minus von nicht weniger als 109 Mill. aufweist. Der Abstieg vollzog sich so, daß der Januar 20 noch einen Überschuß von 17,9, der Februar von 2,9, der März aber dann einen Ausfall von 44,3 Mill. \$ aufwies. Es blieb dann bei dem Minus.

Angaben über Import und Export für die wichtigsten Warengruppen sollen das Bild verdeutlichen. Die

Einfuhr von Agrarprodukten, ausg. Futterstoffe, stieg von 11,6 Mill. \$ im Jahre 1919 auf 29,3 Mill. \$ 1920, die von Futterstoffen von 31,2 auf 51,4 Mill. \$, die Einfuhr von Fasern, Textilrohstoffen und -Produkten von 35 auf 87,5 Mill. \$. Die Gruppe Chemikalien und chemische Produkte weist mit 5,3 gegen 10,1 Mill. \$ nahezu eine Verdoppelung auf. Eisen und Stahl und Waren daraus wurden in dem betreffenden Vierteljahr 1920 in Höhe von 66,2 Mill. \$ eingeführt gegen 43,3 im entsprechenden Quartal des Vorjahres. Auf andere Erze und Metalle bzw. Waren daraus entfielen 1920 15,7 Mill. \$ gegen 9,6 1919. Nichtmetallische Mineralien stiegen von 23,7 auf 35,5 Mill. \$.

Dabei ist der Export durchweg gewachsen, nur nicht in gleichem Maße wie die Einfuhr. Die größte Zunahme zeigt die Ausfuhr der Gruppe Holz, Holzprodukte, Papier und Papierwaren. Hier sind 66,2 Mill. \$ ausgewiesen gegen 33,9 im entsprechenden Quartal 1919. Damit wurde die Entwicklung des Berichtsjahres 1919/20 fortgesetzt, das zum ersten Male mit 104,6 Mill. gegen 82,5 im Jahre 1918/19 und 63,34 im Jahre 1917/18 die Grenze von 100 Mill. \$ überschritt. Der Export von nichtmetallischen Mineralien und Erzeugnissen stieg in dem betreffenden Vierteljahr 1920 auf 11,3 Mill. \$ gegen 9,9 1919; Textilfasern und -stoffe stiegen von 5,7 auf 7,2, während gleichzeitig die Wiederausfuhr von 1,4 auf 0,7 Mill. \$ sank. Ein starker Rückgang der Ausfuhr, der von entscheidender Bedeutung für die Gesamtbilanz ist, entfällt auf die Gruppe Futterstoffe. Hier fiel die Ausfuhr von 96,4 auf 66,4, die Wiederausfuhr von 1,5 auf 0,3 Mill. \$. Zu beachten ist, daß diese und die noch folgenden Zahlen Wertziffern sind, also keine Mengenangaben, so daß die inflatorische, preissteigernde Wirkung der Kriegswirtschaft in ihnen zum Ausdruck kommt.

Zur Beurteilung der Valuta ist nun die Richtung von Wichtigkeit, die der Außenhandel genommen hat. Da ist nun festzustellen, daß die Vereinigten Staaten den relativ größten Teil der Einfuhr stellen. Die Mehreinfuhr Kanadas im Vergleich zu seiner Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten belief sich auf: 1917/18 375,082 Mill. \$, 1918/19 295,327 Mill. \$, 1919/20 338,083 Mill. \$. Die Kurve ist also nach einem starken Rückgang 1918/19 wieder im Steigen. Man geht nicht fehl, in dieser starken Mehreinfuhr den wichtigsten Faktor für den schlechten Stand des kanadischen Dollar auf New York zu erblicken.

Ein anderes Bild bietet England. Ihm gegenüber hat Kanada einen gewaltigen Mehrexport aufzuweisen: 1917/18 764,178 Mill. \$, 1918/19 467,727 Mill. \$, 1919/20 362,883 Mill. \$. Der Überschuß der kanadisch-englischen Handelsbilanz ging also ständig zurück. Die Einfuhr aus England nach Kanada sank zunächst von 81,3 Mill. \$ 1917/18 auf 73,0 Mill. \$ 1918/19, um dann aber auf beinahe das Doppelte, 126,3 Mill. \$ 1919/20 heraufzuzuschnellen. Indessen ging die Ausfuhr von Kanada nach England von 845,5 Mill. \$ 1917/18 auf 540,7 Mill. \$ 1918/19 und 489,1 Mill. \$ 1919/20 zurück. Die Steigerung der Einfuhr aus England nach Kanada ist besonders darauf zurückzuführen, daß nach Kriegsende viele Hindernisse für solche Bezüge in Wegfall gekommen sind, namentlich die Gefahr des Transportes über den Ozean. So konnten Einfuhrhandel und Industrie Kanadas einen Anfang machen, um sich von den Vereinigten Staaten zu lösen. Notgedrungen hatte man sich bei Kriegsausbruch mehr den Vereinigten Staaten zuwenden müssen. Der hohe Wechselkurs auf England begünstigt Bezüge von dort, während der Tiefstand des kanadischen Dollars gegenüber dem amerikanischen zu möglichster Einschränkung der Importe aus den Vereinigten Staaten nötigt.

Die Blätter berichten, daß es den englischen Lieferanten nicht möglich ist, der kanadischen Nachfrage in vollem Umfange nachzukommen. In Kanada klagt man über zu hohe Preise in England, die die Einfuhr von dort hemmen.

In der bewußten Förderung der Einfuhr aus England statt aus den Vereinigten Staaten ist eines der Mittel zu erblicken, mit denen man den kranken kanadisch-amerikanischen Wechselkurs zu heilen sucht. Nov. 1918 wurde die „Canadian Trade Commission“ in London errichtet zur Regelung der Handelsangelegenheiten mit der englischen und den verbündeten europäischen Regierungen. Einen Monat später wurde in Ontario eine entsprechende Stelle ins Leben gerufen zur Zusammenarbeit mit derjenigen in London. Die Stelle in Ontario soll insbesondere den Verkauf kanadischer Produkte und die Unterbringung auswärtiger Aufträge sichern. Es findet also eine Förderung der Ausfuhr in größtem Stile statt. Eine umfangreiche Handelspropaganda ist in die Wege geleitet worden. Von den großen Verbänden sind Geschäftsreisen nach Sibirien, Südamerika, Südafrika usw. veranlaßt worden. In einem offenen Brief der „Canadian Trade Commission“ an die kanadischen Erzeuger heißt es: „In weniger als fünf Wochen sind zehn Handelsgruppen organisiert worden auf die direkte Einwirkung der Trade Commission hin. Die Fabriken der Dominion sind durchschnittlich nur bis 70 % ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Kanadische Kredite wurden in Europa untergebracht, um sie im Betrieb zu erhalten. Die britische Vorliebe für Waren aus dem Imperium öffnet den kanadischen Erzeugnissen einen Markt, auf dem kein fremder Wettbewerb befürchtet zu werden braucht.“

Die Handelsbilanz bildet nun nur einen Faktor der Zahlungsbilanz, die letzten Endes das Schicksal der Wechselkurse bestimmt. Der Präsident der kanadischen Wiederaufbau- (Reconstruction) Vereinigung in Toronto bezifferte die Summe, um die die ausländischen Verpflichtungen Kanadas im März 1920 hinter dem kanadischen Export zurückblieben, auf ca. 75 Mill. \$. Der Präsident der Kanadischen Handelsbank schätzte im Februar 1920 den jährlichen Zinsendienst für Kanadas ausländische Schulden auf 190 Mill. \$, von denen ungefähr 125 Mill. \$ an Großbritannien und das sonstige Europa und nicht weniger als 65 Mill. \$ an die Vereinigten Staaten zu zahlen seien. Die gesamte Staatsschuld Kanadas schätzte er für den 31. 3. 20 auf 1950 Mill. \$, die Kriegsschulden Englands an Kanada auf 181 Mill. \$, diejenigen von vier anderen Ländern an die Dominion auf 20 Mill. \$. Großbritannien schulde außerdem den kanadischen Banken eine weitere Summe von 200 Mill. \$. Diese Verschuldung steht im engsten Zusammenhang mit der geschilderten Handelsbewegung.

Der schlechte Stand der europäischen Wechselkurse macht es den europäischen Staaten schwer, in Kanada zu kaufen. Das wirkt ungünstig auf den kanadischen Export. Nach einem Bericht des „Economist“ vom 7. 8. 20 ist Kanada auch nicht imstande, an Europa Kredite in größerem Umfange zur Erleichterung dieses Exportes zu gewähren. Seinerzeit an Belgien, Rumänien und Griechenland bewilligte Kredite sind noch nicht ganz erschöpft.

Um den Theorien Rechnung zu tragen (Cassel, Irving Fisher, Liefmann), die zwischen Inflation beziehungsweise inländischem Preisniveau und Wechselkurs einen direkten Zusammenhang sehen wollen, seien einige Zahlen über das Maß der Inflation in Kanada angegeben. Am 28. 11. 19 befanden sich bei den Banken 185,9 Mill. \$ Noten, während 93,2 Mill. in Zentralgoldreserven deponiert waren; das macht zusammen 279,1 Mill. \$. Im allgemeinen Verkehr befanden sich 27,3 Mill. \$. Die Gesamtmenge betrug also 306,4 Mill. \$. Über die Art der

Ausgabe unterrichtet nachstehende Aufstellung. Es waren ausgegeben:

Gegen Netto-Goldeingänge.....	23,2 Mill. \$
An Banken nach dem Finanzgesetz von 1914 gegen Hinterlegung genehmigter Wertpapiere.....	70,6 „ „
Als Vorschüsse an die Grand Trunk Pacific-Bahn	6 „ „
Als Vorschüsse an die Canadian Northern.....	10 „ „
Als Vorschüsse an die englische Regierung.....	50 „ „
Ohne weitere Sicherheiten darüber hinaus.....	32,4 „ „
Zusammen.....	192,2 Mill. \$
Dazu am 30. 6. 1914 vorhanden gewesen.....	114,2 „ „
Zusammen.....	306,4 Mill. \$

Über den inflatorischen Charakter der Vorschüsse an die Bahngesellschaften und die englische Regierung besteht kein Zweifel. Seit Juni 1914 haben die Banken ihren Besitz an Noten der Dominion so gut wie verdreifacht. 1914 wurden zur Einlösung der Noten vom Schatzamt 92,6 Mill. \$ in Gold bereitgehalten, fast ebensoviel wie die Banken damals an Noten besaßen (94,6 Mill. \$). Im allgemeinen Umlauf waren damals nur 19,5 Mill. \$.

Man hat vorgeschlagen, aus der kanadischen Goldförderung von jährlich etwa 15 Mill. \$ einen Fonds zur Noteneinlösung zu schaffen. Die Goldbestände der kanadischen Regierung beliefen sich 1913 auf 23,7, 1914 auf 19,5, 1915 auf 24,8, 1918 auf 25, 1919 auf 25 und Juni 1920 auf 21 Mill. £. Diejenigen der Charterbanken bewegten sich folgendermaßen: 1913 7,8, 1914 9,5, 1915 12,9, 1918 15,5, 1919 16,3, Juni 1920 16,5 Mill. £.

Natürlich stellt die kanadische Regierung die Goldversendung in den Dienst der Einwirkung auf die Wechselkurse. April 1919 wurde die Goldausfuhr auf die Dauer von zwei Jahren an besondere Regierungserlaubnis geknüpft, um sie systematischer und wirksamer betreiben zu können. Auch die Verwendung von Goldmünzen für Industriezwecke ist verboten, solange der amerikanische Dollar 4 v. H. über pari steht. Im Juni wurde von einer Goldversendung in Höhe von 8 Mill. \$ nach New York berichtet. Andere Versuche der Regierung gehen dahin, durch Erlangung von Krediten seitens der Vereinigten Staaten die Kurse zu beeinflussen.

Von großer Wichtigkeit für Kanada ist der Kurs des £ auf New York. Als der Sterlingkurs nach Kriegsende mit dem Aufhören der künstlichen Stabilisierung zu weichen begann, lohnte es sich bald für Kanada, englische Währung auf dem Umwege über den amerikanischen Dollar zu erwerben, um damit Schuldverpflichtungen in England abzutragen. Dies führte zu seinem Teil dazu, den Kurs des amerikanischen Dollars gegenüber dem kanadischen in die Höhe zu treiben und das Pfund Sterling weiter zu entwerten. Heute ist es so, daß Kanada auf Grund seines günstigen Kurses auf London englische Währung billig erwerben kann. Ihm muß also daran liegen, daß das Pfund Sterling gegenüber dem amerikanischen Dollar wieder steigt, denn dann kann es die Arbitrage über London für seine in amerikanischen Dollars zu leistenden Zahlungen ausnützen.

Man tritt in Kanada vielfach für eine „Made in Canada“-Propaganda ein. Luxuskäufe aus dem Nachbarlande sollen eingeschränkt werden. Der Leiter der Royal Bank of Canada hat den Gesamtwert der entbehrlichen Waren, die nach Kanada eingeführt werden, auf 83 Mill. \$ geschätzt, die aber nicht nur auf die Vereinigten Staaten entfallen. Die Einfuhr von dort besteht zum größten Teil aus Kohle, Eisen, Stahl, Baumwolle, Maschinen und verschiedenen Rohstoffen, die für die Aufrechterhaltung der kanadischen Industrie kaum entbehrlich sind. Die Valuta verteuert natürlich mit den Rohstoffen auch die aus ihnen hergestellten Fabrikate und führt auf diese Weise zu einer weiteren Erschwerung der Ausfuhr.

Andererseits wird die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten durch den Tiefstand der kanadischen Valuta gefördert. Kanadische Firmen dagegen haben zum Teil ihre Aufträge in den Vereinigten Staaten rückgängig machen müssen, da ihnen die Zahlung in amerikanischen Dollars zu kostspielig ist. In Amerika betrachtet man dies nicht ohne Sorge. Die amerikanischen Versicherungsgesellschaften, die ausgedehnte Geschäfte in Kanada machen, können nach dem Wortlaut ihrer Police Prämienzahlungen in amerikanischem Gelde verlangen. Einige haben zur großen Entrüstung der Policen-inhaber davon Gebrauch gemacht. Andere aber nehmen das kanadische Geld zu pari an, um es dann in Kanada anzulegen.

Die sogenannte Überfremdung macht sich auch in Kanada bemerkbar. Namentlich europäische Besitzer kanadischer Werte stoßen diese ab und Amerikaner kaufen sie. Besonders sollen große Mengen von Papieren der Kanadischen

Nordbahn und der Grand Trunk-Bahn jetzt ihren Weg zurück nach Amerika gefunden haben. Die Mortgage-Company of Canada, die mit belgischem Kapital in Winnipeg arbeitet, hat von ihren 7 Mill. Werten in den Prärieprovinzen je 2¼ Mill. an die Canada United Assurance Company und die Great West Life Assurance Company abgesetzt.

Neuerdings ist die kanadische Regierung bemüht, dem Rückfluß kanadischer Werte aus dem Ausland Riegel vorzuschieben und zwar durch Einwirkung auf die Banken. Dieser Rückfluß ist ihr wegen des ungünstigen Einflusses auf den Wechselkurs Montreal-New York unangenehm, aber auch im Hinblick auf den Wettbewerb, der dadurch auf dem kanadischen Kapitalmarkt entsteht und der Auflage von Regierungsanleihen (Siegesanleihe) hinderlich ist. Das flüssige Geld in Kanada soll auch zur Finanzierung der Ernte benutzt werden, nicht zur Anlage in solchen rückströmenden Werten.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Deutschland

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschr. Haftung von Januar bis Oktober 1920

Seit 1910 bewegten sich die neu investierten Kapitalien in beiden Arten Erwerbsgesellschaften in Deutschland wie folgt:

	Aktiengesellschaften		Gesellschaften m. b. H.		Zusammen
	Grundkapital	Erhöhungen	Stammkap.	Erhöhung	
1910	241 335	599 416	335 528	87 618	1 263 897
1911	235 899	584 526	399 874	99 939	1 320 168
1912	246 326	747 609	337 738	111 713	1 443 386
1913	216 811	418 455	365 336	145 160	1 145 762
1914	322 222	551 929	183 897	54 294	1 112 352
1915	57 966	256 538	144 483	51 170	510 157
1916	113 155	246 536	206 928	59 180	625 799
1917	268 394	716 399	203 360	159 661	1 347 814
1918	338 510	705 043	252 108	197 126	1 492 787
1919	584 964	1 069 910	417 147	192 125	2 264 146
1920 (I. Quartal) ..	96 051	1 039 090	148 679	64 476	1 348 296
" (II. ") ..	441 961	1 672 652	167 504	73 745	2 355 862
" (III. ") ..	505 114	1 673 290	165 325	97 628	2 306 357
I.-III. Quart. 1920 ..	1 043 126	4 385 032	481 508	235 849	6 145 515

Das Verhältnis der Kapitalserhöhungen zu den Neugründungen ist aus folgenden Prozentsätzen zu ersehen. Auf 100 M für Neugründungen verwendetes Kapital entfielen für Erhöhungen:

	Aktienges. G.s.m.b.H.			Aktienges. Ges.m.b.H.	
	248,38 M	26,11 M		266,92 M	78,49 M
1910	248,38	26,11	1917	266,92	78,49
1911	246,77	25, —	1918	237,80	61,32
1912	303 50	35,20	1919	182 90	46 50
1913	193, —	39,74	1920 (I.) ..	1081,81	43 36
1914	171,29	29,53	" (II.) ..	378,46	44,03
1915	442,57	35,42	" (III.) ..	331,27	59,05
1916	218,76	28,60			

Die Zunahme des Grundkapitals bei den Aktiengesellschaften in den einzelnen Monaten des III. Vierteljahres zeigt eine weichende Tendenz; es waren im Juli 932,6, August 630,3 und im September nur 615,5 Mill. M.

Die Zunahme des neu investierten Kapitals in den einzelnen Gewerbegruppen im I., II. und III. Vierteljahr 1920 stellte sich wie folgt:

Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 M		Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 M	
Land- und Forstwirtschaft	I. 757	II. 1126	Erzbergw. u. Hüttenbetr.	I. 166 606	II. 148 535
Plantagen-Gesellsch.	III. 6280			III. 73 921	
	I. —		Kohlenbergbau, Koks, Briketts ...	I. 60 640	II. 55 720
	II. 500			III. 57 061	
	III. 20		Torfbau	I. 250	II. 3 526
Tier- und Geflügelzucht	I. —	II. 352		III. 10 453	
	III. 244		Salz-, Kali- u. Salpeterwk.	I. 4 000	II. 56 375
Hochseefischerei ...	I. 8020	II. 2 180		III. 27 270	
	III. 17 135				

Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 M		Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 M	
Petroleum, Erdöle usw.	I. 30 050	II. 3 040	Gasgesellsch.	I. —	II. 7 570
	III. 45 300			III. 10 200	
Stn., Marm., Bas., Schieferbr. nsw.	I. 3 207	II. 9 965	Öl-, Seif-, Firnisse, Fette, Leimfabr.	I. 14 691	II. 9 159
	III. 26 907			III. 19 086	
Zem., Kalk, Asph., Gipswerke	I. 2 510	II. 25 838	Düngerfabr.	I. —	II. 178 416
	III. 27 768			III. 1 210	
Cham., Ziegelei, Tonwarenfabr.	I. 7 000	II. 6 355	Woll-, Wirkerei-, Kamm-, Spinn-, Wollg., Wollw.f.	I. 12 450	II. 12 510
	III. 12 131			III. 11 045	
Steingut, Ofenfabr., Töpfereien	I. 6 923	II. 3 429	Kammgarnspinnereien u. weberei.	I. 700	II. 4 700
	III. 40			III. 3 700	
Porzellanfabriken ...	I. 3 250	II. 14 101	Trich- und Filzfabrik.	I. —	II. 6 014
	III. 10 990			III. 4 100	
Glas- und Spiegelfabr.	I. 3 960	II. 8 523	Leinenindustrie ..	I. 1 150	II. 12 000
	III. 7 808			III. 250	
Metallindustrie ..	I. 86 235	II. 125 011	Baumwollspinnereien u. webereien	I. 8 000	II. 36 316
	III. 148 816			III. 20 638	
Maschinen-, Apparate- u. Armat.-Fbr.	I. 199 968	II. 378 380	Zwirnereien u. Nähfadefabriken ...	I. —	II. 5 850
	III. 255 779			III. —	
Schiffsbauanstalten ..	I. 1 700	II. 21 145	Spitz-, Tüll- u. Gardinenfabriken ...	I. 1 780	II. 11 960
	III. 42 354			III. 2 291	
Fabriken für Uhr-, Feinmech. u. Opt.	I. 5 168	II. 10 666	Jutespinn. u. webereien.	I. 1 500	II. 4 050
	III. 17 971			III. 6 115	
Musikwerke	I. 7 500	II. 10 133	Seilerwaren, Treibriem. u. Taufabr.	I. 384	II. 6 330
	III. 7 701			III. 10 800	
Elektrotechnische Fabr.	I. 32 752	II. 116 376	Textil-Spezialfabriken	I. 5 136	II. 19 340
	III. 60 455			III. 16 500	
Elektrizitätswerke.	I. 26 082	II. 152 701	Färber., Bleicher. u. Appreturanst.	I. —	II. 2 115
	III. 226 644			III. 2 000	
Fabriken für Chemikalien	I. 86 687	II. 42 489	Bekleidungs-Ind., Hüte, Schuhw. usw.	I. —	II. 17 746
	III. 78 198			III. 5 331	
Farben- und Bleistiftfabr.	I. 34 950	II. 13 781	Reinigungsgewerbe ...	I. —	II. 140
	III. 4 104			III. 110	
Pulver-, Spreng- und Zündstoffb.	I. 49 600	II. 1 100	Papierwaren-Ind., Holzstoff ..	I. 15 626	II. 54 230
	III. 360			III. 13 115	

Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 .M.	Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 .M.	Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 .M.	Gewerbegruppen	Vierteljahr in 1000 .M.
Lederfabriken ...	I. 8 115 II. 7 330 III. 12 825	Wasser-, Eiswerke, Kühlhallen	I. — II. 2 900 III. 36 304	Graphisch., Künstl.-Gewerbe, Photograph., Verl. usw.	I. 13 707 II. 33 358 III. 20 024	Verkehrsgewerbe ...	I. 5 283 II. 11 597 III. 10 925
Gummiwar.-Ind., Lino- lenmfabrik.	I. 2 598 II. 51 610 III. 34 532	Schokoladen-, Teigwaren-, Kons.-Fabr.	I. 5 211 II. 12 350 III. 5 599	Handels-gew.	I. 129 995 II. 175 838 III. 125 498	Eisenbahnen	I. 60 II. 50 III. —
Holzindustr., Möb., Bürst., Pinsel usw..	I. 5 926 II. 53 751 III. 21 899	Stärkefabriken ...	I. — II. 3 200 III. 3 000	Immobilienhandel und -verwertung	I. 21 623 II. 13 483 III. 20 686	Klein- und Straßenbahnen ...	I. 40 000 II. 4 281 III. 1 650
Mühlenwerke	I. 2 050 II. 23 600 III. 3 645	Molkerei-, Meierei-, Betrieb....	I. — II. 360 III. 114	Banken.....	I. 83 965 ¹⁾ II. 197 015 III. 512 893	See-schiffahrt ..	I. 8 620 II. 56 175 III. 54 960
Zuckerfabriken ...	I. 13 400 II. 43 314 III. 59 908	Schmalz-, Fett-, Margarinefabr., Schlachtereien .	I. 431 II. 250 III. 1 530	Hypothekenbanken	I. — II. — III. —	Fluß u. Küst.-schiffahrt ..	I. 700 II. 150 III. 3 050
Bierbrauereien.	I. 16 114 II. 26 191 III. 32 368	Fischereien, Fischwarenindustrie ..	I. 1 700 II. 700 III. 970	Schiffahrtsbanken	I. 300 II. — III. —	Hotels, Gast- und Schankwirtschaft, Heil, Verpf., anst.	I. 3 329 II. 6 377 III. 5 271
Mälzereien .	I. 1 000 II. 2 495 III. 1 500	Nahrungsm., verschied. .	I. 22 509 II. 7 456 III. 9 741	Trenhand-gesellschaft.	I. 2 450 II. 46 797 III. 1 720	Bäder, Quel- lenprodukt.	I. — II. 340 III. 1 955
Sprit- und Preßhefe- fabriken ...	I. 10 150 II. 24 065 III. 1 581	Zigarren-, Zigaretten-, Tabakfabr.	I. 2 136 II. 10 829 III. 21 016	Versicherungs-gesellschaft.	I. 33 175 II. 50 975 III. 121 512 ²⁾	Theater, Musik-, Ver- einshäuser.	I. 709 II. 10 572 III. 1 277
Weinbau u. Schaum- weinfabrik.	I. 2 050 II. 3 031 III. 740	Baugewerbe	I. 13 859 II. 23 868 III. 14 946			Sonstige Gesellschaften	I. 7 859 II. 2 008 III. 4 300

1) Ferner 25 Mill. fr.

2) Ferner 200 000 S.

Fab. Landau

Deutsch-Österreich

Verteuerung der Auslandbezüge — Amerikanische Rohstoffe und Lebensmittel — Maisbeimengungen — Besoldungsreform — Defizit der Staatsbahnen — Sechszprozentige Schatzscheine — Tschechische Aufkäufe österreichischer Rente — Industrie und Bautätigkeit — Lockerung der Devisenkontrolle

Das deutsch-österreichische Wirtschaftsleben steht wieder vollkommen unter dem Eindruck eines einschneidenden und un-aufhaltsamen Rückganges des Kronenkurses. Während er sich gegen Ende des ersten Halbjahres in Zürich um 4 zu stabilisieren schien, ist er in den letzten Tagen bis auf 2,25, für Auszahlung Wien gar auf 1,75 Centimes für Kronennoten gesunken. Die Wirkungen dieses Rückganges werden dadurch verschärft, daß die Krone viel rascher sinkt als die Mark und die tschechische Krone, sowie die Währungen der anderen Nationalstaaten, so daß sich die Bezüge aus Deutschland und den Nationalstaaten, auf die aber 90 % der Einfuhr entfallen, noch mehr verteuern, als der Preissteigerung in diesen Ländern entspricht. Da außerdem noch der Dollar gegenüber dem Schweizer Franken ein wachsendes Agio gewinnt, sind amerikanische Rohstoffe und Lebensmittel ganz unerschwinglich geworden. So ist der Preis für Schweinefett in wenigen Wochen gerade auf das Doppelte gestiegen, und eine ähnliche Verteuerung steht für Kondensmilch bevor.

Geradezu katastrophale Wirkungen kann die neuerliche Entwertung der Krone für die Staatsfinanzen haben. Da die von Amerika kreditierten 200 000 Tonnen Mehl im wesentlichen aufgebraucht sind, hat die Regierung in Jugoslawien und Rumänien Getreideabschlüsse getätigt, die den Mehlbedarf der nächsten Monate decken sollen. Für diese ist die Valuta noch nicht vollständig gesichert. Aber das Mehl stellt sich bereits auf Grund eines höheren Kronenkurses so, daß der Staat auf jedes Kilogramm Brot und Mehl rund 21 K aufzahlt. Das würde bei einem Einfuhrbedarf von rund 500 000 Tonnen allein ein Jahreserfordernis von mehr als 10 Milliarden ergeben. Sollte der Preis der fremden Zahlungsmittel weiter steigen und nicht seitens der Alliierten neue Kredite gewährt werden, so müßte der Zuschuß noch darüber hinausgehen. Die Regierung bemüht sich, diesen Zuschuß dadurch zu verringern, daß sie dem Brot eine beträchtliche Menge von Mais bei-

mengen läßt. Indes hat die Verschlechterung des Brotes in Wien bereits zu zahlreichen Erkrankungen geführt, so daß die Maisbeimengung wieder gekürzt werden muß. Da überdies auf dem Balkan Weizen fast nicht zu haben ist — Jugoslawien und Rumänien verkaufen ihren Weizenüberschuß an die Länder mit schwerer Valuta —, so muß das erforderliche Edelgetreide in Holland und Übersee eingekauft werden, ohne daß die Möglichkeit der Valutenbeschaffung gegeben ist.

Die wachsenden Kosten der Lebenshaltung zwingen aber die Regierung gleichzeitig zu immer neuen Zugeständnissen an die öffentlichen Angestellten. Eine im Zuge befindliche Besoldungsreform erfordert wieder einige Milliarden, für die es noch keine Deckung gibt, und die Staatsbahnen lassen für das laufende Jahr wieder ein Defizit von über 1400 Mill. erwarten, obwohl am 1. 10. wieder eine einschneidende Tarifierhöhung erfolgt ist. Schon wird angekündigt, daß Mitte Dezember zur Deckung des Gebührungsabganges der Staatsbahnen die Tarife neuerlich hinaufgesetzt werden sollen. Dazu arbeitet auch in Deutsch-Österreich die Notenpresse Tag und Nacht weiter. Die Steuereingänge sind nicht unbefriedigend, aber sie decken natürlich auch nicht annähernd das sprunghaft wachsende Erfordernis. Der Anlagemarkt aber ist dem Finanzminister weiter unzugänglich.

Um wenigstens die freien, zu vorübergehender Anlage bereiten Mittel dem Staatsschatz zuzuführen, ist das Finanzamt, das bisher 2½ % dreimonatliche Schatzbons an die Banken zu einem Kurs begab, der eine ungefähr fünfprozentige Verzinsung abwarf, ohne daß diese Bons ihren Weg in das breite Publikum fanden, zur Ausgabe von 6 % sechsjähriger Schatzscheine übergegangen, die jedoch jederzeit dreimonatlich kündbar sind. Dagegen sind sie nicht wie die 2½ %igen Schatzwechsel bei der Österreichisch-ungarischen Bank escomptierbar. Indes ist ein bedeutender Erfolg der neuen Schatzschein-emission schon deshalb nicht zu erwarten, weil nichts geschieht,

um die neuen Titres zu popularisieren. Auch ist der Geldbedarf von Industrie und Handel so gewaltig, daß große freie Beträge kaum noch Anlage suchen, und schließlich scheint auch ein sechsprozentiger Zinsfuß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht sehr verlockend.

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß die alten vierprozentigen österreichischen Renten in der letzten Zeit bis auf 121 gestiegen sind. Der Grund dafür bestand in tschechischen und jugoslawischen Käufen. Bis 16. 10. sollten nach dem Friedensvertrag die Nationalstaaten ihren Besitz an Titres der österreichischen Vorkriegsschuld festgestellt haben. Diese ist von ihnen bekanntlich im Verhältnis ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu übernehmen. Nun übersteigt dieser Anteil sowohl in der Tschecho-Slowakei wie in Jugoslawien beträchtlich ihren Besitz. Für die Differenz müssen sie aber nach dem Friedensvertrag dem Wiederherstellungsausschuß eigene Schuldverschreibungen mit gleicher Verzinsung und zum gleichen Nominalbetrag übergeben, aus denen die Nationalstaaten entschädigt werden, deren Angehörige einen größeren Rentenbesitz haben, als der Leistungsfähigkeit des Landes entspricht, was hauptsächlich von Deutsch-Österreich gilt. Bei der starken Wertdifferenz der Währungen könnte das für Deutsch-Österreich einen beträchtlichen Valutagewinn bedeuten. Infolgedessen suchen die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien ihren Rentenbesitz durch Käufe zu verstärken, da man nominale 100 K vierprozentige Rente, die in Wien 121 österreichische K kostet, für nicht einmal 30 cs. K erwerben kann, während man sonst dem Wiederherstellungsausschuß nominale cs. K Schuldverschreibungen ausfolgen müßte. Da die Tschecho-Slowakei beiläufig 6 Milliarden alte Renten übernehmen müssen, während ihr Besitz bloß etwas über 2 Milliarden betragen soll, ist die Ersparnis, die durch Rentenkäufe in Wien erzielt werden kann, nicht unbedeutend. Nun hat auch der Wiederherstellungsausschuß diese Käufe dadurch begünstigt, daß er gegen den Wortlaut des Friedensvertrages die Abstempelungsfrist um sechs Monate verlängerte.

Die Lage der Industrie ist im allgemeinen weiter unbefriedigend, die Kohlenversorgung reicht nicht aus, um eine einigermaßen rationelle Ausnutzung der Betriebe zu gestatten, und das verschärft für Deutsch-Österreich die Wirkungen des allgemeinen Konjunkturrückschlages auf dem Weltmarkt. Die Alpine Montangesellschaft hat nach wie vor bloß einen Hochofen unter Feuer, dessen Produktion natürlich nur einen kleinen Bruchteil der Stahlwerke und Gießereien versorgt. Daher sind diese zum Bezug von Halbfabrikat aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei gezwungen, die gleichfalls nur in ungenügenden Mengen in Anbetracht der Valutaverhältnisse zu fast unerschwinglichen Preisen erhältlich sind. Besonders empfindlich ist die Absatzstockung in der Automobilindustrie und für landwirtschaftliche Maschinen, die mit dem größten Teil ihrer Erzeugnisse auf den Export angewiesen sind. Nun ist die Tschecho-Slowakei als Absatzgebiet fast vollständig gesperrt, da nur solche Waren Einfuhrbewilligung erhalten, die dort nicht erzeugt werden, was bei dem Entwicklungsstand ihrer Industrie nur für ganz wenige Artikel gilt, während

Polen, Ungarn und Rußland — das frühere Absatzgebiet dieser Industriezweige — noch immer nicht kaufen. Vollständig ruht die Bautätigkeit, da die Baumaterialpreise eine Bautätigkeit auch nur im kleinsten Umfange unmöglich machen. Eine elektrotechnische Fabrik in Steiermark, die im übrigen mit Aufträgen bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, muß für 60 Arbeiterwohnungen (bestehend aus Zimmer und Küche) 12 Mill. aufwenden, so daß bei sechsprozentiger Verzinsung und zehnprozentiger Amortisation die Wohnung auf jährlich 32 000 K zu stehen kommt. Relativ günstig sind die Produktions- und Absatzverhältnisse in der Papierindustrie, die ihre Betriebe zum Teil auf Holzfeuerung eingestellt hat, so daß die eine Zeitlang scharfe Papiernot behoben ist und nicht unbeträchtliche Mengen im Export, insbesondere nach Jugoslawien, abgesetzt werden.

Die vollständig anarchischen Verhältnisse, die auf dem Devisenmarkt eingerissen sind, haben nunmehr nach mehrmonatlichem Schwanken die Finanzverwaltung veranlaßt, eine Reform des Devisenverkehrs zu versuchen. Zur völligen Freigabe des Devisenverkehrs, wie in Deutschland, hat man sich noch nicht entschließen können. Aber der Zwang wird wesentlich gelockert und vor allem der Bestand der bisher verbotenen Devisenkulisse, deren Umsätze längst viel größer sind als die der Devisenzentrale, legitimiert. Aufgegeben wird die Kontrolle über die Verwendung ausländischer Zahlungsmittel und Guthaben, sowie die Verpflichtung der Mitglieder und Kommissionäre der Devisenzentrale zur Einlieferung ihrer Eingänge und zur Anmeldung ihres Bedarfes bei der Zentrale. Der Kauf und Verkauf von Devisen im In- und Neuausland (Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Ungarn und Polen) ist nunmehr den Mitgliedern der Devisenzentrale in- und außerhalb der Börse ohne Einschränkung gestattet. Es darf nur nicht über die zugunsten des Neuauslandes entstehenden Guthaben in deutsch-österreichischen Kronen zugunsten des Altauslandes (einschließlich Italien und Rumänien) verfügt werden. Ob diese Einschränkungen erheblichen praktischen Wert haben, darf füglich bezweifelt werden. Der Devisenverkehr mit dem Altausland ist insofern beschränkt, als derartige Transaktionen eine Gutschrift in deutsch-österreichischen Kronen zur Folge haben. Es ist daher ohne Bewilligung der Devisenzentrale nach wie vor verboten, Kronen im Ausland zu verkaufen, Devisen im Ausland gegen Kronen zu kaufen, oder Devisen in Wien für altausländische Rechnung zu verkaufen. Auf die Devisenkurse wird die Neuordnung wohl höchstens insofern von Einfluß sein, als die enormen Abweichungen zwischen den Wiener Notierungen und den Auslandsparitäten sich verringern werden, die zeitweilig z. B. für deutsche Mark bis zu 150 K für 100 M erreicht haben, weil eine Arbitrage nicht möglich war, und die illegale Nachfrage das geringe vorhandene Material im Preise hochtrieb. Eine Sanierung der Devisenkurse wäre erst zu erwarten, wenn es zu einer ausgiebigen ausländischen Kredithilfe käme, um die sich namentlich der englische Vorsitzende des Wiener Wiederherstellungsausschusses, freilich, wie Brüssel gelehrt hat, mit sehr geringen Erfolgsaussichten bemüht.

Wien, 14. Oktober 1920.

Dr. Gustav Stolper

Frankreich

Außenhandel — Gute Kohlenversorgung — Absatzschwierigkeiten in der Industrie — Vermehrte Ernte — Innere und äußere Anleihen — Verkehrswesen und Tarifpolitik

Frankreichs Wirtschaftsleben kommt, wie ein Blick auf seine Handelsstatistik für die ersten acht Monate dieses Jahres zeigt, nach und nach wieder in normalere Bahnen. Der französische Außenhandel betrug in den ersten acht Monaten

1920 für die Ausfuhr 14 406,1 und für die Einfuhr 24 561,2 Mill. fr; das Defizit beträgt hiernach etwa 10,15 Milliarden gegen 14,36 Milliarden für den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wenn auch in den letzten Monaten wieder ein weiteres Steigen

im Defizit der Handelsbilanz zu bemerken ist, so ist dies doch nur eine scheinbare Verschlechterung, denn die Einzelangaben der Statistik zeigen uns, daß an Nahrungsmitteln für 539 Mill. fr weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1919 eingeführt und für 676 Mill. mehr ausgeführt wurden; industrielle Rohstoffe, die in der Einfuhrstatistik mit 11 324 Mill. fr erscheinen, wurden für 2985 Mill. fr mehr ein- und für 2228 Mill. fr mehr ausgeführt und Fertigfabrikate, deren Einfuhr 7118 Mill. und Ausfuhr 9226 Mill. fr darstellen, sogar nur für 372 Mill. mehr ein-, dagegen für 5643 Mill. mehr ausgeführt. Diese Zahlen sind ein beredtes Zeugnis für die fortschreitende Besserung und Gesundung des französischen Wirtschaftslebens. Auf diese günstige Entwicklung hat denn auch der französische Finanzminister mit Recht hingewiesen. Der Minister ist der Ansicht, daß Frankreich die kritische Periode überstanden hat und hofft, daß innerhalb zweier Jahre die völlige Rückkehr zur Vorkriegsbilanz erreicht sein wird.

Der September charakterisierte sich besonders durch eine erhebliche Besserung der Kohlenversorgung. Diese ist sowohl auf die durch die fortschreitenden Wiederherstellungsarbeiten in den Gruben des früheren Kriegsgebiets Nord und Pas de Calais bedingte Steigerung der französischen Eigenförderung als auch auf die auf Grund des Spa-Abkommens gesteigerten deutschen Lieferungen zurückzuführen, denn die englische Einfuhr ging im August um 200 000 t, die belgische um 5000 t und die amerikanische um 14 000 t zurück, während die deutsche Einfuhr von 505 000 t im Juli auf 963 000 im August stieg. Die Herstellungsarbeiten in den Gruben werden leider durch die großen Verzögerungen, denen die Lieferung des Maschinen- und Eisenkonstruktionsmaterials sowohl infolge der Arbeiterausstände in der Metallindustrie als auch infolge des Rohmaterialmangels unterworfen waren und noch sind, stark behindert. In den Gruben des Departements Nord liegen die Verhältnisse so, daß der leitende Grubeningenieur bereits Ende des Jahres auf eine monatliche Förderung von 300 000 t, der Hälfte der Vorkriegsförderung, im Jahre 1923 bereits mit einer Mehrförderung gegenüber dem letzten Friedensjahr, das 6 812 000 t aufwies und im Jahre 1925 mit einer Förderung von 8 735 000 t rechnet. In Lens hofft man die Vorkriegsförderung in fünf bis sieben Jahren wieder erreicht zu haben. Was den Wiederaufbau der Industrie und der Ortschaften anlangt, so wird von den Bewohnern des Wiederaufbaugesbiets lebhaft Klage darüber geführt, daß die französische Regierung die Arbeiten durch einen allzu großen Beamtenapparat verzögert und die zur Ausführung der Arbeiten erforderlichen Mittel nicht schnell genug und nicht in genügendem Maße zur Verfügung stellt.

Die bessere Kohlen- und Koksbelieferung zeigt sich in der Industrie u. a. in der steigenden Erzeugung von Walzwerksprodukten und dem Anblasen weiterer Hochöfen, deren Erzeugung übrigens bereits so weit gesteigert worden ist (sie beträgt für die Regionen Longwy und Nancy 52 % der Friedenserzeugung), daß der inländische Markt sie nicht mehr voll aufnehmen kann. Einige Hochöfen sind daher wieder außer Betrieb gesetzt worden, denn der hohe Kokspreis machte die Ausfuhr von Hochofenerzeugnissen, insbesondere Gießereiroheisen, für das früher die Schweiz als Abnehmer in Frage kam, unmöglich. In diesem Zustand ist durch die mit Wirkung vom 1. 10. verfügte Herabsetzung der Kokspreise für Hochöfen von 245 auf 175 fr für die Tonne eine Änderung eingetreten, es ist hierdurch außer der Möglichkeit des Exports auch die einer Preissenkung der Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie geschaffen worden. „Usine“ stellte u. a. kürzlich fest, daß die französische Eisenblecherzeugung, die vor

dem Kriege nur $\frac{1}{3}$ des französischen Bedarfs gedeckt habe, jetzt bereits $\frac{2}{3}$ desselben zu decken vermöge und daß bei Hinzurechnung der Werke im Saar- und Rheinland sogar die ganze französische Nachfrage befriedigt werden könne. Die Hochöfen sind nach Meldungen der Presse gut mit Koks versorgt, einige haben einen Vorrat von 15 000 t liegen, wo sie im August nur mit einer Versorgung von einem auf den anderen Tag rechnen mußten.

Auch die Meldungen über starke Herabsetzung der Preise für Hausbrand aller Art, über die Verdoppelung der Hausbrandration in Paris, über die großen Vorräte der Pariser Gaswerke (900 000 t Kohlen gegen 25 000 t Höchstbestand in 1919) und der Bahnen (800 000 t = Normalvorrat im Frieden) zeigen, daß die Zeiten der Kohlennot vorüber sind.

Trotzdem machen sich in einzelnen Industrien Krisenanzeichen bemerkbar, die aber jetzt nicht mehr, wie früher so oft, auf Kohlennot zurückgeführt werden können. Es kriselt z. B. seit langem in der Automobilindustrie: die Gründe hierfür sind außer im Rohstoffmangel und der Steigerung der Rohmaterialpreise und Arbeitslöhne, die naturgemäß ihre Rückwirkung auf die Herstellungspreise gehabt haben, in der Übersättigung des Marktes mit Heereskraftwagen der eigenen und der amerikanischen Armee zu suchen. Dazu kommen die größeren Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung bei den Banken. In kleinen Wagen ist wegen ihrer geringeren Anschaffungs- und Betriebskosten das Geschäft nach wie vor gut, dagegen ist der Absatz von großen und Lastwagen sehr zurückgegangen, so daß sich u. a. die bekannten Großfabriken von Berliet und Renault in letzter Zeit auf die Eisenbahnwagenfabrikation verlegt haben; andere Automobilfabriken haben wegen der schlechten Konjunktur im eigenen Fabrikationszweig die Herstellung von Motorspielen und elektrischen Kraftmaschinen aufgenommen. Doch auch in anderen Industriezweigen zeigen sich Schwierigkeiten, so in der Textilindustrie des Nordens, in der die Beschäftigung stark zurückgeht, obwohl die bis gegen Ende September auf dem Baumwollmarkt von Le Havre notierten Preisrückgänge in allerdings minderwertiger amerikanischer Baumwolle den Fabriken doch wohl eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen hätten ermöglichen können. Diese Rückwärtsbewegung der Baumwollpreise machte übrigens Ende September, nachdem die 3 Mill. Ballen minderwertiger Ware abgesetzt waren, einem neuen Anziehen der Preise Platz, das indes nur als vorübergehende Erscheinung bezeichnet wird. Mehrere Spinnereien des Nordens haben einen Teil ihrer Arbeiter entlassen. Die Tüllindustrie in Calais liegt seit langem teilweise still, da es ihr an Aufträgen und Bankkrediten mangelt; ebenso steht es in der Schuhindustrie des Departements Haute-Vienne. Offenbar ist der Grund zu diesen Betriebsstillegungen und Einschränkungen in dem durch den einmal begonnenen Preisrückgang veranlaßten Käuferstreik zu suchen; der Absatz stockt, weil die große Mehrzahl der Kundschaft auf weitere Preisrückgänge wartet. Diese zum Teil indes nur örtlichen Schwierigkeiten sind aber nicht von sonderlicher Bedeutung, sie können auf den Gang des gesamten Wirtschaftslebens, das, wie die Handelsbilanz zeigt, seiner Gesundung entgegengeht, keinen merklichen Einfluß ausüben.

Was die landwirtschaftliche Produktion anlangt, so hat diese in mancher Beziehung nicht die anfänglich in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt. Die Getreideernte hat an vielen Stellen unter

	Weizen	Mischkorn	Roggen	Gerste	Hafer
1920...	62 706 270	1 076 140	8 426 630	7 707 310	42 228 010
1919...	49 653 700	967 946	7 299 370	4 990 840	24 935 840
1914...	76 936 060	1 353 550	11 147 140	9 758 150	46 206 840

Es wurden geerntet in dz.:

Im Vergleich zum Vorjahre ist das Ergebnis, wenn auch über ein zu geringes spezifisches Gewicht des Weizens geklagt wird, immer noch als befriedigend anzusehen, was auch in der Handelsbilanz vorteilhaft zum Ausdruck kommen wird.

Die Zuckerrübenproduktion der diesjährigen Rübenenernte wird schätzungsweise über 250 000 t (rund 100 000 t mehr als 1919) betragen, was durch Mindereinfuhr in der Handelsbilanz ein Gewinn von 400 Mill. fr bedeutet. Der Zuckergehalt der Rüben ist mit 17,5 bis 18 % höher als derjenige der zehn letzten Friedensjahre.

Die Weinernte ist überall im Gange, aber noch nicht beendet; man rechnet hier mit einem um 4—5 Mill. hl geringeren Ergebnis als dem des allerdings besonders günstig gewesenen Vorjahres, doch dürften diese vorläufigen Angaben von interessierter Seite stammen, um ein Heraufschnellen der Preise herbeizuführen.

Auf finanziellem Gebiet ist die ständige Vermehrung des Notenumlaufs der Bank von Frankreich zu erwähnen, die zu dem in den letzten Monaten ziemlich stationär gebliebenen Tiefstand der Valuta beigetragen hat. Das englische Pfund notierte in Paris am 4. 8. 50,30, am 1. 9. 51,20 und am 1. 10. 51,90 fr, der Dollar am 1. 9. 14,34½ und am 1. 10. 14,95½ fr. Der Wechselkurs hat sich auch durch die Auflegung der zweiten großen inneren Anleihe in diesem Jahr, der sechsten seit Kriegsbeginn, bisher nicht erholen können. Der Zinsfuß der Anleihe ist diesmal auf 6 % (vorher 5 %) festgesetzt worden. Ein Teil des Ergebnisses der Anleihe soll zur teilweisen Ablösung der 26 Milliarden betragenden Vorschüsse der Banque de France verwandt werden. Die gesamte Staatsschuld ist in der Aufzeichnung für die Brüsseler Konferenz auf 236 Milliarden fr angegeben, davon 52 Milliarden ausländischer Anleihen. Die Rückzahlungsfrist für das von einer spanischen Bankgruppe der französischen Regierung gewährte Darlehen von 485 Mill. Pesetas wurde im September um weitere drei Monate verlängert, dagegen zahlte die Regierung von ihrem sich auf 250 Mill. \$ belaufenden Anteil an der englisch-französischen Anleihe in Amerika im Laufe des September 150 Mill. \$ zum Teil in Gold, zum Teil in ausländischen Zahlungsmitteln zurück. Der Rest von 100 Mill. \$ ist durch eine neue 8%ige französische Anleihe in Amerika, die von dem Morgan-Bankkonzern übernommen wurde, gedeckt worden. Infolge der Bedingung, daß die Regierung 24 Jahre lang jährlich 4 Mill. \$ Gold zum Rückkauf der Obligationen dieser Anleihe zum Kurs von 110 zur Verfügung stellen muß, stellt sich der Zinsfuß eigentlich auf 9,42 % und die New Yorker Blätter schrieben es seinerzeit der gespannten Lage auf dem Geldmarkt zu, daß die amerikanischen Banken Frankreich keine günstigeren Bedingungen gewähren konnten. Der erwartete günstige Einfluß auf die französische Valuta blieb auch dieses Mal aus. Das Valutaproblem zeigt sich auch in Frankreich äußerst kompliziert, es bedarf auch zur Sanierung der französischen Finanzen mehr als solcher Detailoperationen.

Im Verkehrswesen haben sich die Verhältnisse offenbar in letzter Zeit erheblich gebessert. Die Klagen über die schlechten Zustände auf den Bahnen, die lange zum Tagesgespräch der Presse gehörten, haben nachgelassen. Die Reparaturarbeiten haben offenbar soweit gefördert werden können, daß wieder einigermaßen geordnete Transportverhältnisse eingetreten sind. In dieser Beziehung wurde kürzlich gemeldet, daß die elsässischen Kaligruben nunmehr über genügendes rollendes Material zum Abtransport des Kali an die Landwirtschaft verfügen und daß die täglichen Sendungen sich auf 300 bis 400 Waggon belaufen. Die Orléans Bahngesellschaft soll kürzlich Auftrag zum Bau von 4000 Plattform- und

Sturzwagen gegeben und diesen Auftrag auf eine ganze Anzahl französischer Fabriken nach dem Grad ihrer Leistungsfähigkeit verteilt haben, doch fehlt bisher eine Bestätigung dieser Mitteilung. Die gleiche Gesellschaft baut mit der Compagnie des Transports frigorifiques zusammen in Ivry bei Paris einen besonderen Kühlhallenbahnhof, der im Oktober v. J. in Angriff genommen worden ist und seiner demnächstigen Fertigstellung entgegensieht. Die Gesellschaft verfügt über 1250 Kühlwagen, die für den Transport der von der Fischerei nach La Pallice, Lorient und den anderen Fischereizentren eingebrachten frischen und gefrorenen Fische in die Städte verwendet werden sollen. Die Gesellschaft der P. L. M. Bahnen und die Staatsbahn verfügen ihrerseits über 700 bzw. 300 solcher Spezialwagen und es ist die großzügige Verwertung der von der Kälteindustrie in den letzten Jahren gemachten Fortschritte im Dienst des französischen Ernährungswesens und des Fischexporthandels geplant. Ende August wurde in Paris ein Kongreß der Kälteindustrie eröffnet, der seinen Teilnehmern den Bau von Kühlwagen und Kühlhallen, die darin gemachten Fortschritte und die Zukunft der gesamten Kälteindustrie vor Augen führen sollte. Ein großer Teil der geplanten Arbeiten wird von den Eisenbahngesellschaften übernommen, die nicht nur den rein transporttechnischen Teil des Programms, sondern auch den Bau eines Teils der Getrier- und Kühlhallen in den Küstenstädten auszuführen im Begriff sind. Die Entsendung einer Studienkommission nach der Schweiz und dem Elsaß, die die Einrichtung von Kühlanlagen in den Fischgeschäften der dortigen Städte prüfen soll, zeigt, daß man Deutschland diese Märkte, die es vor dem Kriege mit Fischen versorgte, streitig machen will.

Von Wichtigkeit auf dem Gebiet des Transportwesens sind noch, abgesehen von den sowohl von der Orléans- wie von der Südoahngesellschaft begonnenen Arbeiten zur Elektrisierung ihrer Betriebe, die sich ja auf Jahre erstrecken werden, die Bemühungen der französischen Eisenbahngesellschaften, die schweizer Frachten über die französischen Häfen zu leiten. Da man in schweizerischen Kreisen mit den Transporten über Cette und Bordeaux schlechte Erfahrungen gemacht hatte, wandte man nach Abschluß des Waffenstillstandes den wieder eröffneten Rheintransporten, die den Vorzug der größeren Billigkeit und besseren Organisation haben, wieder größere Aufmerksamkeit zu und versuchte es außerdem mit Frachten über das nähere Genua. Um der Konkurrenz dieser beiden Transportwege zu begegnen, ermäßigten die französischen Eisenbahnen im September ihre Tarife für Frachten von und nach der Schweiz so, daß sie jetzt nicht teurer sind als die Frachten nach den italienischen Mittelmeerhäfen und die Rheinfraachten ab Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam. Seit Monaten bereits sind hin und wieder in der französischen Presse Mitteilungen über die französischerseits beabsichtigte Anlegung einer ganzen Serie von Großkraftstationen am Rhein aufgetaucht, die das östliche französische Metallindustriegebiet von Charleville bis zum Jura, besonders das Becken von Bry und das Gebiet im Süden bis an die Grenze des Versorgungsbereichs der geplanten Kraftwerke von Génissiat-Malpertuis an der Rhône mit elektrischer Kraft versehen sollen. Dies läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß es sich hier nicht nur um einen Tarifkampf der französischen Bahngesellschaften handelt, sondern daß man französischerseits die Schweiz davon überzeugen möchte, daß sie auf die freie Rheinschifffahrt, die allerdings ihr durch den Friedensvertrag verbrieftes Recht ist, die aber durch die Anlegung der geplanten Kraftwerke zweifellos gefährdet werden würde, verzichten kann, weil ihr der Weg über die französischen Häfen offen steht.

Zu erwähnen ist hier auch noch ein kürzlich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Marseille abgehaltener französisch-italienischer Kongreß, auf dem beschlossen wurde, den Bau einer Fahrstraße zwischen Frankreich und Italien mit einem Tunnel durch den Col de la Croix zu betreiben. Der Weg soll die kürzeste Verbindung zwischen Marseille und Turin werden.

Was das Verhältnis zu Deutschland angeht, so steht dieses anscheinend im Zeichen der engeren Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen. Herr Millerand, der neue Präsident der französischen Republik, hat seinem Ministerpräsidenten Leygues in der Person des Herrn Moysset einen guten Kenner deutscher Verhältnisse beigegeben, der sich in seinem Werk „Sur l'Esprit en Allemagne“ als ein Anhänger

derjenigen französischen Politik zeigt, die die Einheit Deutschlands für eine politische Notwendigkeit erklärt. Der weitere Mitarbeiter des Herrn Leygues für deutsche Angelegenheiten, Herr Hermitte, war lange Jahre unter dem früheren Botschafter Cambon in Berlin tätig und gilt ebenfalls als guter Kenner deutscher Verhältnisse. Wenn wir hinzunehmen, daß der gegenwärtig mit der Führung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen französischerseits beauftragte Botschafter Laurent aus der französischen Großindustrie stammt und ebenfalls als über deutsche Wirtschaftsverhältnisse gut unterrichtet gelten darf, so sind die Voraussetzungen gegeben, daß Deutschland bei diesen Männern Verständnis für seine wirtschaftliche Lage finden und daß dies zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit führen kann.

E. Tammann

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	26. 10.	26. 10.	25. 10.	26. 10.
	M	M	fl	fr
Amsterdam .. 100 fl	2126,25	2122,85	—	194,25
Barcelona... 100 Pesetas	973,50	973,—	46,10	89,—
Berlin	100 M	—	4,70	9,15
Brüssel	100 fr	475,—	473,50	22,22½
Budapest	100 K	—	16,22	—
Buenos Aires. 100 Pesos ..	—	—	—	230,—
Helsingfors .. 100 FM ..	170,—	168,60	—	—
Kopenhagen .. 100 Kr	955,—	956,50	45,25	87,50
Kristiania ... 100 Kr	948,75	948,05	44,75	87,—
London	1 £	241,—	241,12	11,23¾
Madrid	100 Pesetas	973,50	973,—	46,10
New York..... 1 \$	69,—	69,30	3,26	6,34
Paris	100 fr	446,—	448,45	20,97½
Prag	100 K	83,50	83,40	—
Rom	100 Lire ..	265,25	261,20	12,30
Stockholm ... 100 Kr	1352,50	1348,65	63,75	123,50
Wien	100 K neu.	23 12½	23,69	1,10
Zürich	100 fr	1097,50	1096,40	51,50

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten in 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
	25. 10.	26. 10.	26. 10.	26. 10.	25. 10.
Reichsmark	-92,08	-92,66	-88,07	-91,56	+414,96
Dt. österr. Krone	-97,82	-98,—	—	—	—
Französ. Frank.	-56 31	-59,35	-34,72	-53,75	—
Pfund Sterling ..	-6 83	-12,88	+38,48	-1,71	—
Dollar	+31,04	+22,39	+94,37	+38,07	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	16. 10.	23. 10.
Alexandrien.....	977/16 d pari	977/16 d pari
Bombay/Kalkutta	1 s 7½ d - 1 s 7¾ d	1 s 7¾ d - 1 s 7¾ d
Hongkong	3 s 10½ d - 3 s 11½ d	3 s 10½ d - 3 s 11 d
Schanghai	5 s 3½ d - 5 s 5 d	5 s 2 d - 5 s 3½ d
Singapore	2 s 3¼ d - 2 s 4 d	2 s 3¼ d - 2 s 4 d
Yokohama	2 s 11 d - 2 s 11½ d	2 s 11 d - 2 s 11½ d
Montevideo T. T.	567/8 d - 57/8 d	—
Rio de Janeiro	12¼ d	12¾ d
Buenos Aires T. T.	—	55¼ d - 55½ d
Valparaiso 90 T.	10½ d	—

Geldverfassung und Währungspolitik

Vom 10. 11. ab beträgt das deutsche Goldzollaufgeld 900 %. Das Aufgeld hatte bis zum 25. 5. bereits die gleiche Höhe und war dann auf 700 % herabgesetzt worden. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 240 v. 23. 10. 20.)

Am 2. 11. treten in Deutsch-Österreich neue Bestimmungen für den Verkehr mit Devisen und Valuten in Kraft, darunter insbesondere solche, die die Ernennung von Kommissionären seitens der Devisenzentrale betreffen. Der Handel mit Devisen und Valuten ist ausschließlich den Mitgliedern und Kommissionären der Devisenzentrale und ihren hierzu befugten Vertretern vorbehalten, andern Börsenbesuchern aber strengstens untersagt. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 238 v. 21. 10. 20.)

Das jugoslawische Finanzministerium hat angeordnet, daß alle Besitzer von montenegrinischen Perpers ihren Besitz bis zum 15. 11. den Finanzbehörden anzumelden haben, damit der Umtausch dieses Geldes erfolgen kann. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 238 v. 21. 10. 20.)

Auf dem Prager Devisenmarkt wurden die Notierungen für die jugoslawischen Plätze gestrichen. Die Maßnahme wird damit begründet, daß nach der neuen jugoslawischen Devisenordnung über jugoslawische Guthaben im Ausland nur in Jugoslawien selbst verfügt werden darf. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 238 v. 21. 10. 20.)

Die polnische Budgetkommission hat den Finanzminister zu einer neuen Notenemission in Höhe von 9 Milliarden M ermächtigt. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 240 v. 23. 10. 20.)

Seit etwa einem Jahr ist Danzig der Hauptmarkt für polnische Noten, für die anfangs über 100 deutsche M für 100 polnische bezahlt wurden. Nach und nach sank der Kurs zunächst auf 60, dann in den letzten Wochen 1919 auf 40. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages Mitte Januar zog er auf 65—70 an. Zur Zeit der Danziger Messe war er auf 50 abgeschwächt. Von Mitte März bis Mitte April sank der Kurs von 60 auf 32—33. Ende April erholte er sich auf 40—44, sank dann in der ersten Maihälfte auf 25. Am 7. 7. trat ein Sturz auf 19¼, am 6. 8. auf 18 ein. Ende September und Anfang Oktober hielt er sich auf 21. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 241 v. 24. 10. 20.)

Staatsanleihen

Folgende Übersicht über den Stand der schwebenden Schuld Deutschlands zeigt unter a) die diskontierten Schatzanweisungen, b) die hierunter einbegriffenen Schatzanweisungen für Übernahme preußischer Schatzanweisungen aus Anlaß des Übergangs der preußischen Eisenbahnen auf das Reich, c) weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln, d) Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln, e) gesamte schwebende Schuld (in Mill. M):

	a	b	c	d	e
30. 4. 20 ...	94 992	—	13 489	8 667	117 149
30. 6. 20 ...	113 014	6 000	10 915	8 196	132 125
31. 7. 20 ...	122 556	11 200	11 359	8 072	141 987
31. 8. 20 ...	129 275	14 000	11 362	8 113	148 750

Auf Grund des § 12 des 2. Anhangs, Teil 8. des Friedensvertrages hat Deutschland dem Wiedergutmachungsausschuß Anweisungen im Betrage von 20 und 40 Milliarden Goldmark übergeben. („Information“, Nr. 289 v. 17. 10. 20.)

Der dänische Finanzminister reichte einen Gesetzentwurf zur Genehmigung der 25 Mill. \$ Anleihe in den Vereinigten Staaten ein. In den ersten fünf Jahren soll keine Rückzahlung stattfinden. („Times“, Nr. 42 546 v. 20. 10. 20.)

In England wird eine 3 % Anleihe für Gemeinden im Nennbetrage von 15 Mill. £ aufgelegt. Die Anleihe wird durch die

Regierung garantiert. Seit 16 Jahren ist eine derartige Anleihe nicht ausgegeben worden. Der Ausgabekurs ist 50 %. Der Ertrag soll hauptsächlich zum Wohnungsbau verwendet werden. („Times“, Nr. 42 536 v. 8. 10. 20.)

Der polnische Finanzminister teilte mit, daß Polen von den Vereinigten Staaten im ganzen 169 Mill. \$ geliehen hat, davon fast 100 Mill. bei der Grain Corporation und Relief Administration, beinahe 15 Mill. beim Schiffsamt, 1 Mill. bei den Baldwin Lokomotivwerken und mehrere Millionen bei dem amerikanischen Liquidationsamt und der amerikanischen Heeresverwaltung. („Wall Street Journal“, Nr. 57 v. 9. 9. 20.)

Die englische Kolonie Kenya ist zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 5 Mill. £ ermächtigt worden, die zum größten Teil zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse verwendet werden sollen. („Mouvement Géographique“, Nr. 42 v. 17. 10. 20.)

Zur finanziellen Unterstützung Chinas hat sich jetzt endgültig ein Konsortium von englischen, französischen, nord-

amerikanischen, japanischen und belgischen Banken gebildet. Die wichtigsten Unterzeichner des Vertrages sind: für die englische Gruppe die Hongkong and Shanghai Bank; für die französische Gruppe die Banque Indo-Chine; für die japanische die Yokohama Specie Bank; für die amerikanische Morgan, Kuhn Loeb, die National City Bank, die Guaranty Trust Company, die Chase National Bank und andere. Die belgische Gruppe, deren Zulassung von der Zustimmung der Regierungen der andern Gruppen abhängig ist, soll einen Anteil von $\frac{1}{4}$, die andern von $\frac{2}{4}$ erhalten. („Times“, Nr. 42 543 v. 16. 10. 20 und Nr. 42 544 v. 18. 10. 20.)

China hat das neue Konsortium von europäischen und amerikanischen Bankiers um eine Anleihe von 12 Mill. \$ zur Bekämpfung des Hungers ersucht. Es wird gemeldet, daß die internationale Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot China eine Anleihe von 50 Mill. \$ angeboten hat, die durch besondere Steuern gesichert sein soll. („Information“, Nr. 295 v. 21. 10. 20.)

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburg-Westafrika. Die zum Royal Mail-Konzern gehörige Firma Elder, Dempster & Co., die bereits vor dem Krieg eine 14tägliche Linie zwischen Hamburg und den westafrikanischen Häfen unterhielt, beabsichtigt, ihren regelmäßigen Dienst nach Grand Canary, Dakar, Sierra Leone, Grand Bassam, Secondoe, Winnebah, Accra und Lagos wieder aufzunehmen und ihn bei genügendem Ladungsangebot auch nach anderen Häfen auszudehnen. Sie wird Anfang November das erste Schiff (D. Egwanga) ab Hamburg expedieren. A. K.

Weltschiffbau 1920

Stand des Weltschiffbaus Ende September 1920. (Vgl. „W.-D.“ 1920, S. 79, 277, 459.) Die von Lloyds Register soeben veröffentlichte Vierteljahrsstatistik des in den verschiedenen Ländern am 30. 9. 20 im Bau befindlichen Handelschiffsraums zeigt, daß die rückläufige Konjunktur im Weltschiffbau, die bereits die Ziffern vom 30. 6. erkennen ließen, sich fortsetzt. Wenn dieser Rückgang sich nicht so schnell vollzieht, als man im Hinblick auf die Entwicklung des Frachtenmarktes anzu-nehmen geneigt ist, so spricht dabei der Umstand mit, daß die Schiffbauarbeit sich in manchen Ländern verlangsamt hat, die Neubauten also durchweg länger als sonst auf den Hellingen bleiben. Das trifft insbesondere auch für den Schiffbau Englands zu, dessen Arbeitsumfang vorläufig noch steigende Ziffern aufweist und dadurch den starken Rückgang der amerikanischen Bautätigkeit nahezu ausgleicht.

Es waren am 30. 9. auf den Werften der Welt (außer Deutschlands, über dessen Schiffbautätigkeit dem Register keine Ziffern zur Verfügung standen) an Handelsschiffen über 100 Br. R. T. im Bau:

1959 Dampfer von 7 499 472 Br. R. T.

146 Seiler „ 65 699 „

Zus. 2105 Schiffe von 7 565 171 Br. R. T.

Gegenüber dem Stand am Ende des vorigen Quartals ist ein Rückgang von 156 000 Br. R. T. gegenüber dem Rekordstand am 30. 9. 19 ein Rückgang von 483 000 Br. R. T. festzustellen. Auf die einzelnen Schiffbauländer verteilt sich die Bautonnage wie folgt:

	Dampfer		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Großbritannien.....	921	3 720 136	40	10 962	961	3 731 098
Britische Dominions:						
Kanada (Große Seen)	10	23 848	—	—		
Küste.....	39	135 837	15	10 940	89	213 894
Andere Dominions	19	39 034	6	4 235		
Vereinigte Staaten:						
Atlantische Küste.	197	1 230 517	16	10 354		
Golfküste.....	32	150 113	3	5 400		
Pazifikküste.....	54	339 600	1	2 500	312	1 772 193
Große Seen.....	9	33 709	—	—		
Holland.....	163	422 635	2	765	165	423 400
Italien (einschl. Triest)	113	352 377	43	12 936	156	365 313
Frankreich.....	80	290 136	9	2 472	89	292 608
Japan.....	72	262 407	—	—	72	262 407
Schweden.....	63	119 454	6	2 395	69	121 849
Dänemark.....	62	116 063	—	—	62	116 063
Norwegen.....	62	90 794	—	—	62	90 794
Spanien.....	31	89 240	1	150	32	89 390
China.....	17	51 844	—	—	17	51 844

	Dampfer		Segler		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Belgien.....	9	37 970	—	—	9	37 970
Portugal.....	—	—	4	2 590	4	2 590
Brasilien.....	4	2 258	—	—	4	2 258
Griechenland.....	2	1 500	—	—	2	1 500

Zusammen 1959* 7 499 472* 146 65 699 2105 7 565 171

* Davon 16 mit 26 423 Br. R. T. aus Eisenbeton.

An der Weltbautonnage sind zurzeit Großbritannien mit 49 %, die Vereinigten Staaten mit 23 % und Holland mit $5\frac{1}{2}$ % beteiligt. Wie sich der im Bau befindliche Schiffsraum in den einzelnen Ländern innerhalb dieses Jahres geändert hat, zeigt die folgende Tabelle:

	am 31. 12. 19		am 31. 3. 20		am 30. 6. 20		am 30. 9. 20	
	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.	Br. R. T.
Großbritannien.....	2 994 249	3 394 425	3 578 153	3 731 098				
Britische Kolonien.....	251 480	231 259	268 799	213 894				
Vereinigte Staaten.....	2 966 515	2 573 298	2 105 956	1 772 193				
Holland.....	328 338	366 581	398 915	423 400				
Italien.....	314 547	355 241	353 914	365 313				
Japan.....	309 474	285 676	254 260	262 407				
Frankreich.....	216 775	240 225	265 302	292 608				
Schweden.....	110 765	118 553	125 899	121 849				
Spanien.....	107 463	98 351	101 432	89 390				
Dänemark.....	100 335	114 851	118 439	116 063				
Norwegen.....	92 719	90 449	87 579	90 794				
China.....	35 700	31 325	29 850	51 844				
Belgien.....	26 293	25 640	24 210	27 970				
Portugal.....	5 210	5 210	2 500	2 590				
Griechenland.....	1 500	1 500	1 500	1 500				
Brasilien.....	—	5 366	3 196	2 258				

Zusammen ... 7 861 363 7 941 950 7 720 904 7 565 171

Bemerkenswert sind vor allem die Veränderungen im Umfange der englischen und amerikanischen Schiffbautätigkeit. Während die Vereinigten Staaten, deren Bedarf an Neutonnage durch die gesteigerte Schiffbauarbeit während des Krieges gedeckt ist und die auf fremde Bestellungen infolge hoher Bankkosten und Valutaschwierigkeiten nicht zu rechnen haben, den Arbeitsumfang ihres Schiffbaues in fortschreitendem Maße zu verringern gezwungen sind, hat in England, das zu einem beträchtlichen Teile für fremde Rechnung baut, der Rückgang bisher noch nicht eingesetzt. Im März vorigen Jahres befanden sich auf amerikanischen Werften etwa 4 185 000, auf britischen etwa 2 255 000 Br. R. T. im Bau. Zu Anfang des Jahres hatte die britische Bautonnage so weit zugenommen, und die amerikanische sich so weit verringert, daß beide mit ungefähr 3 Mill. Br. R. T. sich annähernd gleichstanden. In den 9 Monaten bis zum 30. 9. hat sich das Verhältnis zwischen beiden so verschoben, daß nunmehr Großbritannien das Zweifache der amerikanischen Tonnage in Arbeit hat. Für das tatsächliche Banergebnis des Jahres sagt natürlich diese größere Arbeitsmenge noch nichts. Großbritannien hat bisher zu Wasser gelassen im 1. Quartal 131 Schiffe 454 294 Br. R. T.

„ 2. „ 165 „ 522 943 „

„ 3. „ 244 „ 483 057 „

in 9 Monaten 540 Schiffe 1 460 294 Br. R. T.

Sein Jahresergebnis wird auf 2 Mill. Br. R. T. geschätzt, doch erscheint diese Schätzung im Hinblick auf den jetzigen Kohlenarbeiterstreik und die sonstige soziale Lage in England als recht optimistisch.

In den Vereinigten Staaten wurden folgende Vierteljahres-
ergebnisse erzielt:

im 1. Quartal	165 Schiffe	721 740 Br. R. T.
" 2. "	122 "	608 861 "
" Juli und August	80 "	410 041 "
in 8 Monaten	367 Schiffe	1 740 642 Br. R. T.

Hier wird man voraussichtlich ein Jahresergebnis von 2³/₄ Mill. Br. R. T. erwarten dürfen, so daß Amerika auch für dieses Jahr noch nach der Größe seiner Produktion den ersten Platz unter den Schiffbauländern behaupten wird.

Daß die Zunahme, die die englische Bantonnage während des letzten Vierteljahres erfahren hat, in der Hauptsache durch die Bestellung von Liniendampfern herbeigeführt worden ist, läßt sich aus dem Umstand entnehmen, daß diejenigen Baudistrikte, die wie Glasgow, Belfast usw. als Zentren des Liniendampferbaus gelten, durchweg eine größere Tonnage als im vorigen Quartal aufweisen, während manche für den Bau von Frachtdampfern in Betracht kommenden Distrikte einen Rückgang erkennen lassen. Die am meisten beschäftigten Bezirke sind Glasgow (934 907 Br. R. T.), Newcastle (660 726), Greenock (383 686), Belfast (352 730) und Sunderland (322 098).

Auf die einzelnen Größenklassen verteilt sich der auf englischen Werften im Bau befindliche Schiffsraum wie folgt:

Größenklassen in Br. R. T.	Anzahl der Neubauten	Größenklassen in Br. R. T.	Anzahl der Neubauten
100 bis 500	158 34)*	6 000 bis 8 000	101
500 " 1 000	116 5)*	8 000 " 10 000	61
1 000 " 2 000	93 (1)*	10 000 " 12 000	7
2 000 " 3 000	87	12 000 " 15 000	32
3 000 " 4 000	97	15 000 " 20 000	21
4 000 " 5 000	55	20 000 " 25 000	4
5 000 " 6 000	86		
		Zusammen	921 (40)

* Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Segler.

Unter diesen Neubauten sind 32 Tankschiffe mit 232 758 Br. R. T. Erheblich größer ist der Bau von Tankschiffen in Amerika, wo nicht weniger als 82 mit 545 302 Br. R. T. auf den Helingen liegen. Die übrigen Schiffbauländer haben zusammen weitere 3 Schiffe dieser Gattung mit ca. 18 000 Br. R. T. im Bau. Der Welttankdampferflotte steht also ein Zuwachs von insgesamt 82 Schiffen mit 563 302 Br. R. T. bevor.

In Amerika hat sich insbesondere die Bantonnage der an der Pazifikküste und an den Großen Seen gelegenen Werften stark vermindert. Reichlich zwei Drittel der gesamten amerikanischen Neubauten sind auf den Werften an der Atlantischen Küste in Arbeit.

Von den anderen Schiffbauländern zeigen Holland, Italien, Frankreich und China eine Zunahme des im Bau befindlichen Schiffsraumes. Die übrigen haben entweder ihren bisherigen Stand ungefähr beibehalten oder einen Rückgang erlitten. A. K.

Vermischtes

Smuts über Südwestafrika. In der beachtenswerten Rede, die Premierminister General Smuts am 16. 9. in Windhuk in Beantwortung einer Eingabe der deutschen Bevölkerung hielt, streifte Smuts zunächst das politische Gebiet und stellte eine seiner Meinung nach offensichtlich unrichtige Ansicht der deutschen Bevölkerung über das Verhältnis von Südwestafrika zur Union klar. Nach seinen Ausführungen ist das Mandat, welches die Union übernimmt, in jeder Beziehung eine Annexion mit der alleinigen Ausnahme, daß sie nicht als Annexion bezeichnet wird. Das einzig Besondere, welches die Stellung eines Mandatars mit sich bringe, seien gewisse Verpflichtungen in der Behandlung der Eingeborenen, welche der Kontrolle des Völkerbundes unterliegt. Im übrigen sei es ein Irrtum, daß nach dem Friedensvertrag Südwest als ein sich selbst verwaltender Staat betrachtet werden könne, sondern es sei ein unlöslicher Teil der Union, welche ihre Gesetzgebung, ihr Gerichtswesen, ihre Verwaltung und ihr Finanzsystem, ihre Behörden, ihre Polizei und Eisenbahnverwaltung auf Südwestafrika übertragen könne und werde. Nicht einmal eine selbständige Provinz der Union könne Südwestafrika sofort werden, sondern zunächst würde zur Beratung des Gouverneurs ein Advisory Council berufen werden, der später in ein „Elected Council“ umgewandelt würde, und erst daraus könnte sich ein richtiges parlamentarisches System entwickeln. Dieses hängt zusammen mit der eigenartigen Stellung der noch ansässigen Deutschen. In den übrigen Mandatsländern sind alle Deutschen ausgewiesen worden, in Südwest ist aber noch eine große Zahl ansässig. Auf diese soll nach Smuts Ausführungen ein Druck, Bürger der Union zu werden, nicht ausgeübt werden, doch hat er den Deutschen vorgehalten, daß es in ihrem eigenen Interesse läge, sich der Union anzuschließen, da sie nur dann in den Vollbesitz der Ehrenrechte eines Bürgers der Union kommen könnten, und anderenfalls an dem politischen Leben keinen Anteil nehmen könnten. Genau so liegt es mit der Frage der deutschen Sprache. Auch hier soll weder auf die Schulen noch auf die einzelnen ein Zwang ausgeübt werden. Doch können diejenigen, die einer der beiden offiziellen Sprachen der Union nicht mächtig sind, zu keinerlei Examina zugelassen werden und der Einführung des Deutschen als dritte offizielle Sprache hat sich Smuts widersetzt.

Deutsches Privateigentum soll respektiert werden, während die Frage der großen Konzessionen noch einer Prüfung bedarf. Ebenso soll der Regelung von Schulen in Deutschland freie Hand gelassen werden und der Treuhänder für das feindliche Vermögen in England ersucht werden, das Eigentum der Deutschen in der Union und in Südwestafrika, welches bei Ausbruch des Krieges in England in großem

Umfange beschlagnahmt wurde, freizulassen. Die deutsche Einwanderung soll nach wie vor einer Kontrolle unterliegen, doch soll besonders die Einwanderung von Frauen und Mädchen gefördert werden.

In wirtschaftlicher Beziehung versprach Smuts größtmögliche Förderung. Die deutsche Landbank soll liquidiert werden und dafür eine neue gegründet werden. Doch soll bei der Liquidation Rücksicht auf die bestehenden Verpflichtungen genommen werden. Ganz besonderen Wert legte Smuts auf die Einzäunung der Ländereien, wozu er Kredite in Aussicht stellte. Gefördert werden soll auch der Eisenbahnbau, zunächst die Linie nach Outja und sobald wie möglich diejenigen nach Gobabis. Außerdem soll der Hafen von Walvischbay, der bisher als englischer Besitz im deutschen Gebiet keine große Beachtung erfuhr, vergrößert werden und ausgebaut werden. Schließlich sollen auch die Wasserbohrungen in größerem Umfang durchgeführt werden, so daß Südwestafrika im Laufe der Jahre ein wichtiges Glied von Südafrika wird. P. W.

Inflationen

Ihre Entstehung, ihr Verlauf und ihre Heilung
an geschichtlichen Beispielen dargelegt

Bei Gelegenheit des 5. Allgemeinen Deutschen Bankiertages, der in Berlin am 25. Oktober 1920 stattgefunden hat, ist unter dem obigen Titel eine Sonderbeilage des „Bank-Archiv“ erschienen, die in Gemeinschaft mit dem „Wirtschaftsdienst“ herausgegeben ist. Sie enthält neun in unserer Schriftleitung entstandene Aufsätze über die Papierwährungsperioden Frankreichs, Englands, Preußens, Rußlands, Österreich-Ungarns, Italiens, der Vereinigten Staaten, Chiles und Argentinien. Die Veröffentlichung, die zum ersten Male einen kritischen Überblick über die wichtigsten Inflationen des 19. Jahrhunderts gibt, ist zusammen mit der Ausgabe des „Bank-Archiv“ vom 25. Oktober zum Gesamtpreis von 3,— M zu beziehen. Bestellungen nimmt entgegen der Versand des „Wirtschaftsdienst“, Rothenbaumchaussee 12.

Schriftleitung und Verlag des „Wirtschaftsdienst“